



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

**Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen  
EKFF**

---

# Jahresbericht 2010

---

## **Jahresbericht 2010**

© 2011 Eidg. Koordinationskommission  
für Familienfragen (EKFF), Bern

### **Auskunft**

Viviane Marti, EKFF, Bern

Simone Hebeisen Bartlome, EKFF, Bern

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)

Bundesamt für Sozialversicherungen

Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft

Effingerstrasse 20, 3003 Bern

Tel. 031 324 06 56

Fax 031 324 06 75

[sekretariat.ekff@bsv.admin.ch](mailto:sekretariat.ekff@bsv.admin.ch)

[www.ekff.admin.ch](http://www.ekff.admin.ch)

## Jahresbericht 2010

Die Tätigkeit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen im Jahr 2010 .....	4
1    Plenarsitzungen .....	4
Schwerpunkte.....	5
1.1    Publikation: Elternzeit-Elterngeld: Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz .....	5
1.2    Perspektive Familienpolitik .....	9
1.3    Treffen mit den kantonalen Ansprechpersonen für Familienfragen.....	9
2    Vernehmlassungen .....	9
3    Öffentlichkeitsarbeit .....	9
3.1    Forum Familienfragen vom 22. Juni 2010 in Bern.....	9
3.2    Öffentliche Stellungnahmen und Medienarbeit.....	10
3.3    Kontakte mit Verwaltungsstellen und der Öffentlichkeit .....	12
4    Ausblick auf das Jahr 2011 .....	12
Mitglieder der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen im Jahr 2010 .....	13
Publikationen der EKFF .....	14

## Die Tätigkeit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen im Jahr 2010

Im Jahr 2010 befasste sich die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) schwerpunktmässig mit ihrer neuen Publikation „Elternzeit-Elterngeld. Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz“ sowie mit der Organisation des Forums Familienfragen 2010. Im Zentrum des Forums stand das Thema „Die heile Familie – Familien zwischen Tradition und Moderne“.

Im Weiteren beschäftigte sich die Kommission mit dem neuen Schwerpunktthema „Familie und Gesundheit“, welchem sich die EKFF im Rahmen ihrer jährlichen Retraite widmete und es auch zum nächsten Tagungsthema machen wird.

Was die Zusammensetzung der Kommission betrifft, so sind Heidi Simoni und Elisa Streuli Ende 2010 aus der EKFF zurückgetreten. Für die Nachfolge wurden dem Bundesrat die Kandidaturen von Maria Teresa Diez Grieser, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP und Maya Ziegler, Geografin vorgeschlagen.

Das wissenschaftliche Sekretariat der EKFF verzeichnete ebenfalls einen Wechsel. Isabelle Villard, Co-Leiterin des wissenschaftlichen Sekretariats, hat per August 2010 eine neue Stelle beim kantonalen Sozialamt in Freiburg als wissenschaftliche Mitarbeiterin angetreten. Aus Gründen des Konsolidierungsprogramms von Seiten des Bundes durfte die neue Stelle erst wieder per Ende Jahr besetzt werden. Deshalb leitete Viviane Marti das wissenschaftliche Sekretariat in dieser Zeitspanne alleine. Die Stelle kann per Februar 2011 mit Simone Hebeisen Bartlome wieder besetzt werden.

### 1 Plenarsitzungen

Im Jahr 2010 tagte die EKFF viermal (2. Februar, 22. April, 30./31. August und 15. November). In diesen vier Plenarsitzungen befasste sich die Kommission mit den folgenden Schwerpunkten:

- Betreuung der familienpolitischen Projekte auf Bundesebene und Lobbyingarbeit mit der Plattform „Perspektive Familienpolitik“
- Teilnahme an verschiedenen Vernehmlassungsverfahren zum nationalen Kinderschutzprogramm, Vorsorgeausgleich bei Scheidung und ausserfamiliären Betreuung von Kindern (Kinderbetreuungsverordnung)
- Vorbereitung und Veröffentlichung der neuen Publikation „Elternzeit-Elterngeld. Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz“ im Rahmen einer Medienkonferenz
- Vorbereitung und Durchführung des Forums Familienfragen 2010 zum Thema „Die heile Familie – Familien zwischen Tradition und Moderne“
- Erarbeitung des neuen Themenschwerpunkts „Familie und Gesundheit“
- Erarbeitung von Empfehlungen zur Regularisierung von jugendlichen Sans-Papiers

## Schwerpunkte

### 1.1 Publikation: Elternzeit-Elterngeld: Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz

Die EKFF veröffentlichte im Rahmen einer Medienkonferenz Ende Oktober 2010 ihre Publikation „Elternzeit-Elterngeld. Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz“. Das Medienecho war gross, und die Publikation wurde in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen in Deutsch, Französisch und Italienisch thematisiert. Im Folgenden wird auf die Position der EKFF sowie auf deren Modellvorschlag eingegangen.

#### Die Position der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)

Mit der Geburt eines Kindes übernehmen die Eltern neue Aufgaben und eine grosse Verantwortung für das Wohl ihres Kindes. Für die gesunde Entwicklung eines Kindes ist die Beziehung zu seinen primären Bezugspersonen von zentraler Bedeutung. In den ersten Lebensjahren sind die Kinder ganz besonders auf Zuwendung und Fürsorge und auf verbindliche, zuverlässige Beziehungen angewiesen. Dafür benötigen die Eltern Zeit. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Eltern nur dann genügend auf die Bedürfnisse ihrer Kinder eingehen können, wenn sie selbst nicht zu sehr anderweitig belastet sind. Der Übergang zur Elternschaft geht mit einer unteilbaren Verantwortung für das Kind einher, bringt grosse Umstellungen mit sich und verlangt die Abstimmung familialer Aufgaben mit beruflichen Verpflichtungen. Es ist deshalb kaum erstaunlich, dass die zeitliche Belastung der Eltern für bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten in den ersten Lebensjahren eines Kindes am grössten ist und insgesamt Wochenpensen von 70 Stunden und mehr erreicht. Dazu kommt, dass die Kleinkinderphase in einer beruflichen Phase liegt, die für den Karriereverlauf entscheidend ist.

In dieser Situation sind es vor allem die Frauen, die beruflich den Preis für Kinder zahlen. Sie erleben durch ihre Mutterrolle einen starken Bruch in ihrer Berufsbiografie. Bis zur Geburt des ersten Kindes sind Frauen sehr gut in das Erwerbsleben integriert und arbeiten meistens Vollzeit. Mit der Geburt des ersten Kindes zieht sich der grösste Teil der Frauen (vorübergehend) teilweise oder ganz aus dem Erwerbsleben zurück. Im Alter des jüngsten Kindes bis zu vier Jahre arbeiten rund zwei Drittel der Frauen mit einem Teilpensum von weniger als 50 Prozent oder sie sind gar nicht erwerbstätig. Der Berufsausstieg, aber auch Minimalpensen, zementieren die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern und verschlechtern die beruflichen Perspektiven der Frauen. Wenn Mütter die Erwerbsarbeit grösstenteils aufgeben, ist ihre wirtschaftliche Selbständigkeit eingeschränkt. Bei einer Trennung oder Scheidung kann dies bedeuten, dass sie Mühe haben, den Lebensunterhalt selber zu bestreiten. Ein grosser Teil der Familien ist heute auf zwei Einkommen angewiesen. Nach der Geburt eines Kindes verrichten Väter deshalb oft mehr Erwerbsstunden, um den finanziellen Nachteil auszugleichen, der sich durch die Reduktion der Erwerbsarbeit der Mütter ergibt. Väter wollen aber enge Beziehungen zu ihren Kindern aufbauen, sich an der alltäglichen Familienarbeit beteiligen und nicht bloss Freizeitväter sein.

Das sind einige der Überlegungen, welche die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) dazu bewogen haben, sich in ihren strategischen Leitlinien 2015 für die Schaffung eines Elternurlaubs in der Schweiz auszusprechen und einen konkreten Vorschlag zu entwickeln. Den Begriff „Urlaub“ erachtet die EKFF allerdings nicht als treffende Bezeichnung für die Übernahme von familialen Betreuungsaufgaben. Stattdessen bevorzugt sie in Anlehnung an die deutsche Regelung die Begriffe „Elternzeit“ und „Elterngeld“.

#### Es ist Zeit für „Elternzeit und Elterngeld“ in der Schweiz

Seit dem 1. Juli 2005 erhalten erwerbstätige Frauen in der Schweiz während 14 Wochen eine Mutterschaftsentschädigung, die 80 Prozent des Erwerbseinkommens beträgt. Ein Vaterschaftsurlaub ist in keinem Bundesgesetz geregelt. Er gilt als „üblicher freier Tag“ gemäss Obligationenrecht oder als Sonderurlaub, den Arbeitnehmende einbeziehen können, um persönliche Angelegenheiten während der Arbeitszeit zu regeln. Aus eigener Initiative bieten einzelne Unternehmungen, private und öffentli-

che Institutionen nach der Geburt eines Kindes einen Vaterschaftsurlaub von ein paar Tagen bis zu mehreren Wochen an. Davon profitieren kann aber nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmenden.

Aus familienpolitischer Sicht genügen die aktuelle Mutterschaftsentschädigung und der in einzelnen Firmen gewährte Vaterschaftsurlaub nicht, um Familien in den ersten Lebensjahren nach der Geburt eines Kindes zu entlasten. Die EKFF fordert deshalb eine gesetzliche Regelung für die Einführung einer Elternzeit und eines Elterngeldes auch in der Schweiz. Um diese Forderung zu konkretisieren hat die EKFF ein detailliertes Modell entwickelt, das sich am Gesetzesentwurf im Kanton Genf orientiert. Das Modell der EKFF enthält konzeptionelle Eckpunkte zu Anspruchsberechtigung, Bezugsdauer, Höhe des Elterngeldes, Verhältnis zu anderen Sozialleistungen und Regelung der Rechte vor, während und nach der Elternzeit. Im Auftrag der EKFF hat das Büro BASS die möglichen Kostenfolgen dieses Modells berechnet und dem deutschen sowie dem völlig geschlechteregalitären isländischen Modell gegenübergestellt. Gleichzeitig wurden auch zwei Finanzierungsvarianten erarbeitet.

Auf der Basis dieser Vorarbeiten schlägt die EKFF das folgende Modell vor.

### **Das Modell der EKFF für Elternzeit und Elterngeld in der Schweiz**

Das Modell der EKFF sieht eine maximale *Bezugsdauer* von 24 Wochen vor. Je vier Wochen davon entsprechen einem individuellen Anspruch von Mutter oder Vater. Das heisst, sie können nur von dieser Person bezogen werden. Wie die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, ist eine solche Regelung wichtig, um eine stärkere Beteiligung der Väter an der Elternzeit zu bewirken. Die Elternzeit steht grundsätzlich beiden Elternteilen offen. Das Kriterium ist das Sorgerecht.

Die *Bezugsperiode* dauert von der Geburt bis zur Einschulung. Ein Bezug in Teilabschnitten ist möglich, aber rechtlich nicht durchsetzbar. Die Einkommensersatzrate wird wie bei der Mutterschaftsentschädigung auf 80 Prozent festgesetzt mit einem Plafonds nach oben von 196 Franken pro Tag. Massgebend ist bei den Unselbständigerwerbenden der Bruttolohn, bei den Selbständigerwerbenden der AHV-versicherte Bruttolohn. Überall dort, wo ein Mutterschafts- und/ oder Vaterschaftsurlaub besteht, kommen Elternzeit und Elterngeld zeitlich später und sollen kein Ersatz für diese geburtsbezogene Regelungen sein. Bezüglich des Anspruchs auf andere Transfereinkommen, beispielsweise Arbeitslosenunterstützung, soll die gleiche Regelung wie bei der Mutterschaftsentschädigung gelten. Vor, während und nach der Elternzeit soll ein Kündigungsschutz bestehen.

Die EKFF rechnet mit *Kosten* für dieses Modell in der Grössenordnung von 1.1 bis 1.2 Milliarden Franken. Die Kosten hängen jedoch davon ab, wie hoch die Bezugsquote ist und wie die Aufteilung zwischen den Geschlechtern aussieht. Sollten die Väter mehr als die vier Wochen, auf die sie einen individuellen Anspruch haben, beziehen, wären die Kosten höher, weil die Ersatzeinkommen der Väter kumuliert um mehr als 80 Prozent über den kumulierten Ersatzeinkommen der Mütter liegen. Das vorgeschlagene EKFF - Modell ist deutlich kostengünstiger als es die beiden zum Vergleich herangezogenen ausländischen Modelle (Deutschland und Island) wären. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die vorgeschlagene kürzere Bezugsdauer.

Eine *Finanzierung* des Elterngeldes über die Erwerb ersatzordnung EO würde eine Erhöhung der abzuziehenden Lohnprozente von je 0.2 Prozent für Arbeitnehmende und Arbeitgebende betragen. Bei einer Finanzierung über die Mehrwertsteuer müsste der Normalsatz um 0.4 bis 0.5 Prozent angehoben werden.

Die EKFF liess auch die Kosten von verschiedenen Varianten berechnen. Damit soll im Hinblick auf die politische Debatte ein Instrumentarium bereit gestellt werden, das es ermöglicht, auch alternative Ausgestaltungen eines Elterngeldes auf ihre Kostenwirkung zu prüfen.

### **Rechtliche Grundlagen**

Die EKFF hat auch die rechtliche Frage geprüft, welche Gemeinwesen (Bund oder Kantone) unter geltendem Recht berechtigt sind, eine Elternzeit und ein Elterngeld einzuführen. Art. 122 Abs. 1 der Bundesverfassung weist die Rechtssetzungskompetenz auf dem Gebiet des Privatrechts dem Bund zu. Diese Aufgabe hat er mit dem Erlass von ZGB und OR erfüllt, womit den Kantonen seit deren Inkrafttreten im Bereich des Privatrechts kein Regelungsspielraum mehr bleibt. Die Kantone haben somit keine Befugnis zur Einführung einer Elternzeit oder auch eines Vaterschaftsurlaubs im Rahmen privatrechtlicher Arbeitsverhältnisse. Verfassungsrechtlich ist dafür allein der Bund kompetent.

Anders sieht es in Bezug auf die öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnisse aus. Die Gestaltung der öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnisse sowohl auf Ebene des Bundes als auch der Kantone liegt in deren jeweiligem eigenen Kompetenzbereich.

Auch wenn der Bund auf dem Gebiet des Privatrechts allein kompetent ist, so hat er jedoch keinen verbindlichen Rechtssetzungsauftrag zur Einführung einer Elternzeit. Die Bestimmungen in Art. 41 BV (Sozialziele), Art. 110 BV (Arbeit) sowie Art. 116 BV (Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung) können den Bund höchstens zur Einführung der Elternzeit durch Revision des OR anregen, der Bund ist dazu aber nicht verpflichtet. Soll der Bund verfassungsrechtlich dazu verpflichtet werden, müsste also eine dem Art. 116 Abs. 3 BV (Mutterschaftsversicherung) entsprechende Bestimmung in die Verfassung aufgenommen werden.

### **Das EKFF - Modell im internationalen Vergleich**

Ein Vergleich mit anderen Ländern macht deutlich, dass das von der EKFF vorgeschlagene Modell ziemlich bescheiden ist. Die meisten europäischen Länder kennen grosszügigere Regelungen. Das gilt nicht nur für die beiden in der Publikation zum Vergleich herangezogenen Länder Island und Deutschland.

Island gewährt einen Elternurlaub von 9 Monaten, wovon für die Mutter und den Vater je 3 Monate reserviert sind. Damit geht Island mit dem finanziellen Anreiz für Väter bisher am weitesten. Das erweist sich als erfolgreich. 90 Prozent der Väter nehmen die Elternzeit in Anspruch. Deutschland bezahlt seit 2007 während 12 Monaten Elterngeld. Dazu kommen zwei Partnermonate als individuelles Anrecht des anderen Elternteils. Das Elterngeld beträgt 67 Prozent des Nettolohns, maximal 1800 Euro. Am grosszügigsten ist Schweden, wo den Eltern während insgesamt 480 Tagen oder 16 Monaten ein Elterngeld bezahlt wird, davon 13 Monate zu 80 Prozent des Bruttolohns. Zwei Monate sind jeweils individuell für Vater oder Mutter reserviert. Die restlichen Monate sind frei aufteilbar.

Andere Länder wie Frankreich oder Österreich gehen zwar in Bezug auf das Elterngeld weniger weit. Dafür ist die Elternzeit, in der ein Kündigungsschutz besteht, sehr grosszügig geregelt. In Österreich beträgt die Dauer der Elternzeit 24 Monate, in Frankreich sogar 36 Monate. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat im letzten Jahr einen Vorschlag für eine überarbeitete Rahmenvereinbarung über Elternurlaub erarbeitet, die demnächst vom Rat genehmigt und für alle Mitgliedstaaten verbindlich werden soll. Nach dieser Vereinbarung haben erwerbstätige Frauen und Männer im Fall der Geburt oder Adoption eines Kindes ein individuelles Recht auf Elternurlaub im Alter von bis zu acht Jahren. Der Elternurlaub wird für eine Dauer von mindestens vier Monaten gewährt.

Bei einer Beurteilung der Kostenfolgen des EKFF-Modells ist auch zu berücksichtigen, dass die Ausgaben für die Familien in der Schweiz unter dem europäischen Durchschnitt liegen (Bundesamt für Statistik, 2008). In der Schweiz beliefen sich die gesamten Sozialleistungen für Familien und Kinder im Jahr 2008 auf einen Betrag, der 1.3 Prozent des Bruttoinlandprodukts entspricht. Vergleichbar tiefe Werte kennen nur noch die Niederlande, Italien und Spanien. An der Spitze stehen die skandinavischen Staaten, die bis zu drei Mal mehr für die Familien ausgeben. Aber auch in Deutschland, Österreich und Frankreich sind die Sozialausgaben für die Familien deutlich höher als in unserem Land.

### **Elternzeit und Elterngeld als Teil einer wirtschaftspolitischen Strategie**

In ihrem „Employment Outlook 2006“ stellte die OECD eine Job Strategy vor, die helfen soll, im Kontext der Globalisierung mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei ein zentraler Faktor. Es ist heute aus wirtschaftlicher Sicht weitgehend unbestritten, dass über eine bessere Arbeitsmarktintegration der Frauen die vorhandenen Humankapitalinvestitionen besser genutzt und die gesamtwirtschaftliche Produktivität gesteigert werden kann. Das zusätzliche Potenzial liegt hier in erster Linie bei den Müttern. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur zu einem privaten, sondern auch zu einem gesellschaftlich relevanten Thema.

Verschiedene Studien belegen, dass sich mit einer Einführung von Elternzeit und Elterngeld die Erwerbsunterbrüche der Mütter verkürzen. Dadurch stabilisieren sich auch die Löhne der Mütter, die in vielen Ländern unter jenen der übrigen Frauen liegen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aber auch zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Die OECD spricht von einem weltweiten „Wettbewerb um Talente“. Viele europäische Länder wie auch die Schweiz haben selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Mühe, die Nachfrage nach gut

qualifizierten Fachkräften zu decken. Die gesuchten Fachkräfte können ihren Arbeitsort oft frei wählen. Immer mehr Berufstätige suchen sich ihren Arbeitsplatz danach aus, ob sie Familie und Beruf vereinigen können.

Die Schweiz fällt hier gegenüber dem europäischen Umfeld deutlich ab und läuft Gefahr, im Wettbewerb um Talente zurückzufallen. Denn in den meisten Herkunftsländern der zugewanderten Fachkräfte sind Elternzeit und Elterngeld ebenso längst Selbstverständlichkeiten wie für die Eltern erschwingliche ausserfamiliäre Kinderbetreuungsangebote.

### **Elternzeit und Elterngeld – Zentrale Elemente einer nachhaltigen Familienpolitik**

In seiner Rede anlässlich der Präsentation des „Familienberichts 2004“ am 31. August 2004 auf der Petersinsel hat Bundesrat Pascal Couchepin für eine „nachhaltige Familienpolitik“ plädiert. Priorität müsse dabei die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. In seiner Begründung wies der Bundesrat darauf hin, dass in der Schweiz immer weniger Kinder geboren würden. Heute werden halb so viele Kinder geboren wie Mitte der 60er Jahre. Das hängt allerdings nicht damit zusammen, dass Kinder zunehmend unerwünscht wären. Im Gegenteil: Über alle Bildungsstände hinweg ist der Kinderwunsch grösser als die Zahl der wirklich geborenen Kinder. Der Grund für die Diskrepanz zwischen Kinderwünschen und der Realität liege darin, so Bundesrat Couchepin, dass es bei der Familiengründung oder beim Entscheid für weitere Kinder zu hohe Hindernisse gebe.

Denn gleichzeitig möchten die Mütter mehr arbeiten. Der Bundesrat hat deshalb gefordert, dass der Staat die Hindernisse abbauen müsse, damit gewünschte Kinder auch geboren werden. Und er müsse die Hürden beseitigen, die dafür sorgen, dass Mütter auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden. Die Schweiz könne es sich nicht leisten, dass sie immer weniger Kinder habe. Denn mehr Kinder bedeuten auch weniger demografiebedingte Probleme, standfestere Sozialwerke, vor allem aber mehr Innovations- oder Zukunftsfähigkeit. Die Schweiz könne es sich aber auch nicht leisten, auf die vielen Kompetenzen, die sie ausbildet, im Arbeitsleben zu verzichten. Für die Schweiz sei es volkswirtschaftlich vorteilhaft, wenn die Frauen, die heute genauso gut ausgebildet sind wie die Männer, ihre erworbenen Kompetenzen im Erwerbsleben einsetzen. Ihre Beitragszahlungen hätten auch einen stabilisierenden Einfluss auf die Sozialwerke.

Die Einführung einer Elternzeit und eines Elterngelds ist ein wichtiger Bestandteil zum Abbau der von Bundesrat Couchepin genannten Hürden und Hindernisse. Länder, die wie die skandinavischen Länder oder Frankreich eine aktive Familienpolitik verfolgen, mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, weisen in der Regel eine höhere Geburtenrate auf als die anderen Länder. Auch ist in diesen Ländern die Zahl der Mütter, die nicht erwerbstätig sind oder mit kleinen Pensen arbeiten, geringer.

Die EKFF ist davon überzeugt, dass die Einführung von Elternzeit und Elterngeld dem Rückzug der Frauen auf Minimalpensen oder gar einem (vorübergehenden) Berufsausstieg entgegenwirkt und damit auch die beruflichen Perspektiven der Frauen verbessert. Das wirkt sich auch volkswirtschaftlich aus. Eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen führt nämlich auch zu einem höheren Erwerbseinkommen der Haushalte und damit auch zu höheren Steuereinnahmen und zu höheren Abgaben an die Sozialversicherungen.

Elternzeit und Elterngeld sind aber vor allem auch von grosser Bedeutung für die gesunde Entwicklung von Kind und Familie. Elternzeit und Elterngeld führen in den ersten Lebensjahren eines Kindes, die mit grossen Belastungen verbunden sind, zu einer Entlastung der Eltern und ermöglichen den Familien so eine Wahl- und Gestaltungsfreiheit bezüglich der Betreuung ihrer Kinder. Elternzeit und Elterngeld tragen damit zu optimalen Startbedingungen der Kinder und zu mehr Chancengleichheit bei. Die Ausgaben dafür sind darum auch nicht einfach Kosten, sondern soziale Investitionen, die sich in Form besserer Jobchancen im Erwachsenenalter und geringerer Unterstützungsbedürfnisse auszahlen werden.

Kinder sind keineswegs nur Privatsache. Ihr Wohl und das Wohl ihrer Eltern sind von privatem und öffentlichem Interesse und obliegen einer gemeinsamen familialen und gesellschaftlichen Verantwortung. Elternzeit und Elterngeld sind damit neben anderen Massnahmen wie dem Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote oder Massnahmen gegen die Familienarmut ein zentrales Element einer kohärenten und nachhaltigen Familienpolitik



## 1.2 Perspektive Familienpolitik

Die Perspektive Familienpolitik ist eine gemeinsame Plattform von Pro Familia Schweiz, pro juventute, der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, der Städteinitiative Sozialpolitik und der EKFF. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK) nimmt mit Gaststatus an den Sitzungen der Perspektive Familienpolitik teil. Die Plattform wird von Jürg Krummenacher, dem Präsidenten der EKFF, geleitet und hat 2010 dreimal (23. Februar, 1. Juli und 16. Dezember) getagt.

Die Perspektive Familienpolitik führte 2010 gemeinsame Aktionen in drei Hauptbereichen durch (siehe weiter oben): Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, Empfehlungen zur Regularisierung von jugendlichen Sans-Papiers und Austausch über familienpolitische Aktivitäten und Schwerpunkte.

## 1.3 Treffen mit den kantonalen Ansprechpersonen für Familienfragen

Das jährliche Treffen der EKFF mit den kantonalen Ansprechpersonen für Familienfragen wird jeweils von der EKFF zusammen mit einem wechselnden Gastgeberkanton organisiert. Ziel des Treffens für die Familienpolitik verantwortlichen Vertreter/-innen der Kantons- und Bundesverwaltungen ist gemeinsam aktuelle Themen zu besprechen und Erfahrungen auszutauschen. Das Treffen mit den kantonalen Ansprechpersonen für Familienfragen findet grundsätzlich einmal pro Jahr statt.

Das 8. Treffen mit den kantonalen Ansprechpersonen fand am 4. November 2010 im MythenForum in Schwyz statt. Es wurde vom Amt für Gesundheit und Soziales des Kantons Schwyz und vom wissenschaftlichen Sekretariat der EKFF gemeinsam organisiert. Nebst Informationen zu aktuellen familienpolitischen Geschäften widmete sich das Treffen folgenden zwei Schwerpunkten:

- Präsentation der neuen Publikation der EKFF zum Thema „Elternzeit – Elterngeld. Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz.
- Arbeitsgruppen: Austausch über aktuelle Geschäfte

## 2 Vernehmlassungen

Im Jahr 2010 beteiligte sich die EKFF an folgenden Vernehmlassungsverfahren<sup>1</sup>:

- Nationales Kinderschutzprogramm
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Vorsorgeausgleich bei Scheidung)
- Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern (KiBeV; Kinderbetreuungsverordnung)

## 3 Öffentlichkeitsarbeit

### 3.1 Forum Familienfragen vom 22. Juni 2010 in Bern

Mit dem Forum Familienfragen stellt die EKFF einmal jährlich eine Plattform für die Diskussion, den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zur Verfügung. Das Forum richtet sich an Fachpersonen im Bereich Familienfragen aus Bund, Kantonen, Gemeinden und Fachverbänden sowie weitere Interessierte.

Das Forum Familienfragen 2010 zum Thema „Die heile Familie – Familien zwischen Tradition und Moderne“ befasste sich mit Familienbildern und Wertvorstellungen: Welche Familienbilder gibt es?

---

<sup>1</sup> Die Stellungnahmen der EKFF sind auf deren Website im PDF-Format verfügbar: [www.coff-ekff.admin.ch](http://www.coff-ekff.admin.ch).

## Jahresbericht 2010

Welche Werte sind damit verbunden? Wie lassen sich Familienbilder und Wertvorstellungen kulturell einbetten?

Im Anschluss an die Diskussion der frühkindlichen Erziehung und Bildung, die Auseinandersetzungen mit Harnos sowie die Familieninitiative der SVP zugunsten der traditionellen Familie wurde das Spannungsfeld der Familien zwischen Tradition und Moderne thematisiert. Ziel war es, die politische Diskussion um die (traditionelle) Familie zu analysieren und zu hinterfragen. Was ist Mythos, was Realität?

Es stellte sich die Frage, inwiefern sich eine Re-Traditionalisierung in der Familienpolitik abzeichnet und welches die wichtigsten Anliegen der zukünftigen Familienpolitik sein sollten.

In Referaten wurden die Realität(en) der Familien von heute beleuchtet, auf das Thema Wandel und Persistenz von Geschlechterarrangements in Familien eingegangen, der Mythos der traditionellen Familie analysiert und der öffentliche Diskurs über die Familien betrachtet.

Anschliessend diskutierten Politiker/innen aus unterschiedlichen Parteien, unterschiedlichen Lebensaltern und unterschiedlichen Familienkontexten das Spannungsfeld „Die heile Familie“ sowie die wichtigsten Anliegen der zukünftigen Familienpolitik.

Die Zusammenfassungen der einzelnen Referate sind unter: [www.ekff.admin.ch](http://www.ekff.admin.ch) (>Aktuell>Veranstaltungen) abrufbar.

Rund 150 Personen nahmen an dieser Veranstaltung im Berner Kursaal teil. Die Referate der Rednerinnen und Redner wurden insgesamt sehr geschätzt, ebenso die Podiumsdiskussion am Nachmittag.

### 3.2 Öffentliche Stellungnahmen und Medienarbeit

Medienkonferenz und Medienmitteilung der EKFF<sup>2</sup>:

Zur Veröffentlichung der Publikation „Elternzeit-Elterngeld. Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz“ wurde am 26. Oktober 2010 eine Medienkonferenz (inkl. Medienmitteilung) im Medienzentrum Bern durchgeführt.

In Interviews, Zeitungsartikeln und in Form von Referaten an verschiedenen Anlässen äusserten sich der Präsident und die Mitglieder der EKFF öffentlich zu zentralen Themen der Familienpolitik.

#### Zeitungsartikel und Publikationsbeiträge

- Krummenacher, Jürg: Elternzeit und Elterngeld. In Zeitschrift Zeso, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, 4/ 2010.
- Krummenacher, Jürg: Es ist Zeit für Elternzeit und Elterngeld in der Schweiz. In Zeitschrift: Soziale Sicherheit CHSS, Bundesamt für Sozialversicherungen 6/ 2010.
- Lanfranchi, Andrea: Familienergänzende Betreuung. In: Stamm, M./ Edlmann, D. (Hrsg.), Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung: Was kann die Schweiz lernen? Bern, S. 97-121, 2010.
- Lanfranchi, Andrea: Frühe Förderung ab Geburt: ZEPPELIN. Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik, 16 (4), S. 16-20 (Erstautor: Alex Neuhauser), 2010.
- Lanfranchi, Andrea: Ausführliche Rezension zu: Wigger, A./ Sommer, A./ Stiehler, St. Arbeiten mit gewaltauffälligen Kindern und Jugendlichen. Eine Herausforderung für Schulen, Vormundschaftsbehörden und Jugendanwaltschaften. Zürich, Chur 2010.  
<http://www.infostelle.ch> (aufgeschaltet am 14.6.2010).

---

<sup>2</sup> Die Medienmitteilungen der EKFF sind auf deren Website im PDF-Format verfügbar: [www.coff-ekff.admin.ch](http://www.coff-ekff.admin.ch).

## Jahresbericht 2010

- Simoni, Heidi: Bildung ab Geburt – eine Bildungsrevolution? In: Schweizerische Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften SAGW (Hrsg.). Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik. Bern, S. 47-76, 2010.
- Simoni, Heidi/ Vetterli, Rolf: Besuchsrechtsprobleme. In: Schwenzer, I./ Böhler, A. Fünfte Schweizer Familienrechtstage, Schriftenreihe zum Familienrecht, Bern, S. 245-262, 2010.
- Lanfranchi, Andrea: Was brauchen Kinder um in unserer Gesellschaft FIT zu sein? Psychotherapie Forum (Springer), 18, 2, S. 74-79, 2010.

## Referate und Vorträge von EKFF-Vertretern/-innen

- Knupfer, Caroline: Präsentation der Studie « L'accueil parascolaire en Suisse: une chance pour tous les enfants », 1er colloque parascolaire, Lausanne, 4.6.2010.
- Krummenacher, Jürg: Sozialpolitik im 21. Jahrhundert ist Bildungspolitik! Sozialpreisverleihung des Kantons Solothurn; Festvortrag, Solothurn, 2.9.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Vortrag: Langfristige Effekte familienergänzender Kinderbetreuung, Departement Schule und Sport und Jugendsekretariat, Winterthur, 24.3.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Tagung Elternbildung und Migration. Vortrag: Migrationse Eltern erreichen? Das kann gelingen, wenn wir am Wickeltisch und nicht bei der Werkbank ansetzen, EDK, Bern, 16.6.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Fokustag von „Koalition für die Familie“. Vortrag: Chancen und Illusionen der Frühen Förderung, Bern 26.6.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Lehrstuhl für klinische Psychologie, Tagung „Familien stärken, Kinder unterstützen“. Vortrag: Kompetenz statt Kulturalisierung – Familien stärken heisst, eine fallbezogene Kultur der Anerkennung zu entwickeln, Zürich, 3.9.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Meeting EARLI Special Educational Needs. Individual Paper: Long-Term Effects of Early Child Care on the Success of Immigrant Children at Swiss Schools, Frankfurt am Main, 6.9.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Jahresforum Praxispädiatrie. Vortrag: Migrationskinder und ihre Familien: Begegnung statt Kulturalisierung, Bern 9.9.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Jahrestagung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke). Hauptvortrag: Familiengeschichten im Wandel – Fokus Migration. Lübeck, 22.10.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Bundesamt für Migration und Schweizerische UNESCO-Kommission. Podiumsdiskussion: Bildungspläne für die Frühstufe: Müssen Inhalte der frühkindlichen Bildung festgeschrieben werden? Bern, 10.11.2010.
- Lanfranchi, Andrea: Kinderschutzgruppen Schweiz, Tagung „Kinder im Kontext häuslicher Gewalt“. Vortrag: Beratungskontext bei Migrationsfamilien, Bern, 23.11.10.
- Pfaffinger, Monika: "The Past Future of Adoption: The Impact of Biotechnologies on an Old Institution", paper presented at the Workshop "Mission Creep: The Unintended Effects of Biotechnologies", coordinated by Vaios Karavas (Lucerne) and Michelle Cottier (Basel), 8./ 9.2010.
- Simoni, Heidi: Zum Verhältnis von Familienpolitik und Generationenpolitik, Stellungnahme für die Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, Herbsttagung der SAGW: Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik, Bern, 18.11.2010.
- Simoni, Heidi: Die Bedeutung der frühen Kindheit für gelingende Entwicklung, Vortrag, Tagung: Gesundheit von Anfang an, Münsterlingen, 5.11.2010.
- Simoni, Heidi: Kindgerechte Entwicklungs-, Bildungs- und Betreuungskontexte, Vortrag, Fachtagung Universität Zürich: Familien stärken – Kinder unterstützen Zürich, 3.9.2010.
- Simoni, Heidi: Partizipation von Kindern in familienrechtlichen Belangen, Vortrag, Fachtagung der Fachstelle Familienrecht UPK/KJP, Basel, 9.9.2010.
- Simoni, Heidi: Tragfähige Beziehungsnetze knüpfen – Betreuung und Verantwortung für kleine Kinder teilen, Vortrag, 1. Nationale Fachtagung des Vereins Tagesfamilien Schweiz: Kleinkindbetreuung in Tagesfamilien, Bern, 16.9.2010.
- Simoni, Heidi: Kinder stärken. Was kann die Familie zur gelingenden Entwicklung beitragen? Vortrag, Ref. Kirchgemeinde Lenzburg: Veranstaltungsreihe Familie, Lenzburg, 15.11.2010.

## **Jahresbericht 2010**

- Simoni, Heidi: Kindern eine Stimme geben. Anhörungsrecht umsetzen, Vortrag, UNICEF Tagung: Vom Kinderschutz zum Kinderrechtsstaat, Zürich, 29./ 30.10.2010.
- Simoni, Heidi/ Diez, Maria Teresa: Mit Kindern und Jugendlichen sprechen, Vortrag und Workshop, Tagung der EKKJ, Biel, 19.11.2010.

### **3.3 Kontakte mit Verwaltungsstellen und der Öffentlichkeit**

- Der Präsident und das wissenschaftliche Sekretariat trafen sich am 1. April 2010 mit Bundesrat D. Burkhalter zu einem informellen Austausch.
- Das wissenschaftliche Sekretariat der EKFF befasste sich mit diversen Informations- und Dokumentationsanfragen von Bürger/-innen, Medien und Studierenden. Es fand ein regelmässiger Informationsaustausch mit dem Bereich Familienfragen und dem Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft des BSV statt.
- Das Sekretariat der EKFF nahm auch an den jeweiligen Treffen mit den Sekretariaten anderer ausserparlamentarischer Kommissionen des EDI (Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen, Eidgenössische Kommission für Frauenfragen) teil.

## **4 Ausblick auf das Jahr 2011**

Im Jahr 2011 wird die EKFF ihre Arbeit in den folgenden prioritären Themenbereichen weiterführen:

- Organisation des Forums Familienfragen 2011 vom 21. Juni zum Thema „Familie und Gesundheit“
- Organisation des 9. Treffens mit den kantonalen Ansprechpersonen für Familienfragen vom 17. November 2011 in St. Gallen
- Veröffentlichung von Empfehlungen im Bereich „Raum- und Siedlungsqualität“
- Vorbereitung der Gesamterneuerungswahlen: Aufgrund der Amtszeitbeschränkung steht einerseits ein Präsidiumswechsel an und andererseits ein grosser Wechsel bei den Kommissionsmitgliedern

## Anhang

### Mitglieder der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen im Jahr 2010

#### Präsident

Krummenacher Jürg, Prof. Dr. h.c., lic. phil., Projektleiter und Dozent, Hochschule Luzern, Wirtschaft, Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR, Luzern

#### Vizepräsidentin

Simoni Heidi, Dr. phil., Leiterin Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Zürich

#### Mitglieder

Baumann, Beat, lic. rer. pol., Prof. FH, Dozent HSA Luzern, Hinterkappelen

Bovay, Marianne, lic. iur., avocate, membre de la Fédération suisse des familles monoparentales et enseignante, Genève

Efionayi-Mäder, Denise, diplômée DESMAP, directrice adjointe du Forum Suisse pour l'étude des migrations et de la population (FSM), Neuchâtel

Ermert Kaufmann, Claudia, Dr. phil., Beauftragte für Familienfragen Kt. Basel-Stadt, Basel

Ferrari, Matteo, lic. oec. publ., Dipartimento della sanità e della socialità del cantone Ticino, Bellinzona

Haemmerle, Patrick, Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiater, Chefarzt des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes des Kantons Freiburg, Freiburg

Knupfer, Caroline, lic. ès sc. soc., Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS, Bern

Lanfranchi, Andrea, Prof. Dr., Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP, Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, Zürich

Leuba, Audrey, Dr. iur., avocate, professeure, Université de Genève, Genève

Streuli, Elisa, Dr. phil., Leiterin Abteilung Gleichstellung und Integration, Präsidiatdepartement, Kanton Basel-Stadt, Basel

Taramarcas, Olivier, lic. et dipl. ès sc. de l'éduc., Pro Senectute Suisse, Vevey

Wehrli, Laurent, lic. ès lettres, propriétaire d'une société de conduite de projets et de communication, Glion

#### Vertreter der Verwaltung (mit beratender Stimme)

Buscher, Marco, lic. phil., stellvertretender Abteilungschef Bevölkerungsstudien und Haushaltssurveys, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel

Stampfli, Marc, Dr. phil., stellvertretender Leiter Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft (FGG), Leiter Bereich Familienfragen, Bundesamt für Sozialversicherungen, Bern

#### Wissenschaftliches Sekretariat

Marti, Viviane, lic. rer. soc.

Villard, Isabelle, lic. phil. (bis Juli 2010)

## Publikationen der EKFF

### **Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien. Gesamtstudie**

Stefan Spycher, Eva Nadai, Peter Gerber, 1997. Der Schlussbericht umfasst 3 Teile: Teil 1: Literaturbericht, 220 S., Teil 2: Datengrundlagen in der Schweiz, 146 S., Teil 3: Literaturlisten, 38 S. (*Deutsch*), *Bestellung: EKFF*

### **Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien - Ein Überblick über die Forschungslage in der Schweiz**

Kurzfassung der Gesamtstudie von Katharina Belser, Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 1997, 43 S. *Bestell-Nr. 301.600 (Deutsch, Französisch oder Italienisch)*, *Bestellung: EKFF*

### **Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien – Empfehlungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen**

Bern 1998, 30 S. *Bestell-Nr. 301.601 (Deutsch, Französisch oder Italienisch)*, *Bestellung: EKFF*

### **Familien im Wandel - Informationen und Daten aus der amtlichen Statistik**

Werner Haug, Bundesamt für Statistik, Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 1998, 37 S. (*mit CD-Rom*), *Bestell-Nr. 301.602 (Deutsch, Französisch oder Italienisch)*, *Bestellung: EKFF*

### **Modelle des Ausgleichs von Familienlasten – Eine datengestützte Analyse für die Schweiz**

Im Auftrag der EKFF, von Tobias Bauer und Elisa Streuli, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien. Bern 2000, 129 S. *Bestell-Nr. 301.603 (Deutsch oder Französisch)*, *Bestellung: EKFF*

### **Die Leistungen der Familien anerkennen und die Familienarmut reduzieren**

Stellungnahme der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen zum Forschungsbericht "Modelle des Ausgleichs von Familienlasten", Bern 2000, 10 S. (*Deutsch, Französisch oder Italienisch*), *Bestellung: EKFF*

### **Nicht-monetäre Angebote für Familien: Angebotskategorien und Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Diskussionsgrundlage**

Im Auftrag der EKFF, von Hans-Martin Binder, Christine Bächtiger, Barbara Müller, Institut für Politikstudien INTERFACE, Luzern 2000, 39 S. (*Deutsch*), *Bestellung: EKFF oder als pdf-File unter: [www.interface-politikstudien.ch](http://www.interface-politikstudien.ch)*

### **Position der EKFF zur Qualität familienergänzender Kinderbetreuung**

**2. EKFF-Tagung, Bern, 12. März 2002, 3 S. (*Deutsch, Französisch oder Italienisch*)**, *Bestellung: EKFF*

### **Kinder- und Familienzulagen in der Schweiz. Untersuchung im Hinblick auf eine neue Ordnung**

Im Auftrag der EKFF: Gerhard Hauser-Schönbächler, Bern 2002, 24 S. (*Deutsch, Französisch oder Italienisch*), *Bestellung: EKFF \**

### **Abklärungen zu einem gesamtschweizerischen System von Familienergänzungsleistungen**

Bericht zu Handen der EKFF: Eveline Hüttner und Tobias Bauer, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern 2002, 33 S. (*Deutsch, Französisch oder Italienisch*), *Bestellung: EKFF \**

### **Die Leistungen aller Familien anerkennen. Positionspapier**

Perspektive Familienpolitik, Bern 2002, 7 S.

## Jahresbericht 2010

*(Deutsch, Französisch oder Italienisch), Bestellung: EKFF*

### **Familien und Migration. Beiträge zur Lage der Migrationsfamilien und Empfehlungen der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen**

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2002, 130 S. *Bestell-Nr. 301.604 (Deutsch, Französisch oder Italienisch), Fr. 17.50, Bestellung: BBL \**

### **Warum Familienpolitik? Argumente und Thesen zu ihrer Begründung**

Kurt Lüscher, Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2003, 64 S. *Bestell-Nr. 301.605 (Deutsch oder Französisch), Preis: Fr. 10.-, Bestellung: BBL \**

### **Zeit für Familien. Beiträge zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsalltag aus familienpolitischer Sicht**

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2004, 144 S. *Bestell-Nr. 301.606 (Deutsch, Französisch oder Italienisch), Preis: Fr. 19.50, Bestellung: BBL \**

### **10-Jahres-Jubiläum des Internationalen Jahrs der Familie 1994. Die Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF zieht Bilanz.**

Bern, im September 2004, 10 S. *(Deutsch oder Französisch), Bestellung: EKFF \**

### **Pflegen, betreuen und bezahlen. Familien in späteren Lebensphasen**

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2006, 124 S. *Bestell-Nr. 310.607 (Deutsch oder Französisch), Preis: Fr. 17.-, Bestellung: BBL \**

### **Familien-Erziehung-Bildung**

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2008, 87 S., *Bestell-Nr. 301.608 (Deutsch, Französisch), Preis: Fr. 25.-, Bestellung: BBL \**

### **Familien- und schulergänzende Familienbetreuung in der Schweiz. Eine Bestandesaufnahme der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen.**

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2009, 50 S., *Bestell-Nr. 301.609 (Deutsch, Französisch), Preis: Fr. 8.-, Bestellung: BBL \**

### **Elternzeit – Elterngeld. Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz**

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2010, 62 S., *Bestell-Nr. 301.610 (Deutsch oder Französisch, Italienisch in Kurzfassung), kostenlos, Bestellung EKFF\**

**\* Auch als pdf-File zugänglich unter [www.ekff.admin.ch](http://www.ekff.admin.ch): „Publikationen“**

#### *Bestelladressen*

BBL

Bundesamt für Bauten und Logistik, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern, Tel. 031 325 50 50, Fax 031 325 50 58, oder: [www.bundespublikationen.ch](http://www.bundespublikationen.ch)

EKFF

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen, Sekretariat, BSV, Effingerstrasse 20, 3003 Bern, Tel. 031 324 06 56, Fax 031 324 06 75 oder: [www.ekff-coff.ch](http://www.ekff-coff.ch)